

Annus-Beitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz - Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile: 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für lokale Anzeigen; die 55 mm breite Reklame-Beizeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Samstag
23
November

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachlaß. Jede Nachlaßbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlicher Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Laufend 9.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9^{1/2} Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Annahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird hinsichtlich der Bewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 184 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Pb. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Bekanntmachung und Anordnungen.

An die heimkehrenden Soldaten.

Berlin, 21. Nov. (W. B. Amtlich.) Kameraden! Die deutsche Republik heißt Euch von Herzen willkommen in Eurer Heimat! Ihr seid für ein Vaterland ausgerückt, in dem Ihr nichts zu sagen hattet, und in dem eine Handvoll von Gewalthabern Macht und Besitz unter sich verteilt hatten. Ihr durftet nur schweigen und kämpfen, während Hunderttausende neben Euch schweigen und sterben mußten. Heute kommt Ihr ins eigene Land zurück, in dem künftig niemand etwas zu sagen und zu bestimmen hat als das Volk selbst, in das Ihr Euch nun wieder eingliedert. Die Revolution hat den Vornamen geerdnet. Ihr und wir und Deutschland sind frei. Unsere sozialistische Republik soll als die freiste in den Bund der Völker treten. Ihr findet aber nicht nur alle politischen Rechte, die Euch bisher vorenthalten waren, die Heimat soll auch wirtschaftlich Euer Besitz und Erbe werden, in dem Euch nach unserem Willen keiner mehr ausbeuten und knechten soll. Die Reichsregierung, die das Vertrauen Eurer Kameraden und der Arbeiter berufen hat und trägt, will Euch Arbeit schaffen, Schutz bei der Arbeit und erhöhtes Einkommen aus der Arbeit. Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung der Krankenversicherung, Steuerung der Wohnungsnot, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe: Alles ist im Werden und ist zum Teil schon gescheit! Kommt und seid willkommen als die Männer, welche die Träger der neuen Republik und ihrer Zukunft sein sollen. Gewiß, Ihr findet bei uns Knappheit an Nahrungsmitteln und an allen wirtschaftlichen Gütern. Im Lande herrschen Not und Entbehrung. Helfen kann nur die gemeinsame Arbeit und soldatliches Handeln. Nur ein Deutschland, das eine geeichtete, in den Arbeitern und Soldaten verankerte Regierung besitzt, kann von unseren bisherigen Gegnern das erreichen, was Ihr seit vier Jahren erkämpft und ersehnt habt: den Frieden.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg.

Ein Telegramm Hindenburgs.

Berlin, 22. Nov. (W. B.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphierte aus dem Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe unter dem 20. November an die Reichsleitung:

„Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insonderheit der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeit fordern, und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich einen Rechttitel für die Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst der Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus den Äußerungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen mir mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden.“

Größere Bestandteile deutscher Truppen gefangen?

Berlin, 22. Nov. In einer Versammlung von Pressevertretern teilte Staatssekretär Scheidemann u. a. mit, daß gestern wahrscheinlich größere Bestandteile deutscher Truppen bei ihrem Rückmarsch gefangen genommen worden seien, aber bei den schweren und drückenden Waffenstillstandsbedingungen hätten die Räumungszeiten nicht immer innegehalten werden können. Die Franzosen gingen bei dem Nachrücken in die von uns geräumten Gebiete sehr rigoros vor, während die Amerikaner viel mehr Verständnis zeigten. Es scheint festzustellen, daß in Schlottstadt deutsche Truppen gefangen genommen worden seien, bevor der Termin der Räumung überhaupt abgelaufen war.

Die ersten feindlichen Vortruppen, etwa 200 französische Infanteristen, sind Donnerstag in Saarbrücken eingetroffen.

Die deutsche Hochseeflotte.

Reuter meldet aus London amtlich: Der Oberbefehlshaber der großen Flotte traf mit dem ersten und Hauptteil der deutschen Hochseeflotte zusammen, die Donnerstag 9 Uhr 30 Minuten zur Internierung übergeben wurde.

Soldatenräte gegen die Diktatur.

Eine gegenwärtig der Regierung nahestehende Korrespondenz schreibt:

Bei der Reichsregierung laufen von allen Seiten des Heeres Stöße von Telegrammen ein, die den schärfsten Einspruch dagegen erheben, daß der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat sich annähme, für das gesamte Reich zu sprechen, ohne daß die heimkehrenden Truppen gefragt würden.

Die Abgrenzung der Befugnisse.

Aus Berlin wird gemeldet: Wie wir hören, nehmen die Verhandlungen zwischen Regierung und Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates über die Abgrenzung der gegenseitigen Befugnisse einen befriedigenden Verlauf und lassen eine baldige klare und reinliche Scheidung erhoffen.

Eine Konferenz der Regierungen.

Die Reichsregierung lud die Regierungen der einzelnen deutschen Freistaaten auf telegraphischem Wege zu einer Konferenz, die Montag den 25. November im Kongressaal des Reichskanzlerhauses in Berlin stattfinden soll. Gegenstand der Besprechung ist die politische Lage, die Darlegung der bisher von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen, die Verständigung über das künftige Zusammenwirken zwischen der Reichsleitung und den Regierungen der Einzelstaaten.

Ein Protest Hessens.

Unter dem Eindruck der Entwicklung in Berlin hat die hessische Staatsregierung heute folgenden Protest an die Reichsregierung gerichtet: Die hessische Regierung erhebt bei der Reichsregierung schärfsten Protest gegen die Ausschaltung der Einzelstaaten und gegen die Nichtberücksichtigung dieser Staaten durch Erlaß von Gesetzen und Verordnungen. Die hessische Regierung verlangt unter allen Umständen schleunigste Einberufung der Nationalversammlung.

Der Bundesrat.

Weil die revolutionäre Regierung erklärt hatte, daß sie eine gesetzgebende Gewalt des Reichstags und des Bundesrats nicht mehr anerkenne, war vielfach angenommen worden, daß außer dem Reichstag auch der Bundesrat nicht mehr bestünde. Das ist ein Irrtum, er ist nur als gesetzgebender Faktor ausgeschaltet. Die Verwaltungsbefugnisse, die er hat, bestehen weiter, und die neue Regierung hat den Bundesrat ersucht, diese Tätigkeit fortzusetzen.

Die Trennung von Staat und Kirche.

Köln, 22. Nov. Erzbischof Kardinal Hartmann hat laut „Rheinischer Volkszeitung“ an die preussische Regierung folgenden Schreiben gerichtet:

„Wie mir zuverlässig mitgeteilt wird, beabsichtigt die gegenwärtige Regierung bereits in den nächsten Tagen durch eine Verordnung die Trennung von Staat und Kirche vom 1. April 1919 ab einzuführen. Hiergegen lege ich namens der sämtlichen Bischöfe Preußens feierlich Bewahrung ein, weil die geplante Maßnahme ein flagranter Rechtsbruch ist. Die jetzige Regierung kann nicht als berechtigt angesehen werden, bestehende Gesetze aufzuheben durch die geplante Trennung, die nicht nur eine Reihe Gesetze, sondern auch Verfassungsurkunden verletzt. Durch die Trennung wird die katholische Kirche Rechte beraubt, die ihr gesetzlich zugesichert sind, auf Grund von rechtsverbindlichen Verträgen und auf Grund der Erfahrungspflicht für Güter, die ihr durch die staatliche Gewalt genommen sind. Wenn beabsichtigt wird, diese Trennung auf dem Wege einer bloßen Verordnung und nicht durch die Gesetzgebung zu vollziehen, so ist das keine gesetzliche Maßnahme, sondern ein Akt willkürlicher Gewalt.“

Der Postverkehr der Truppen.

Berlin, 22. Nov. (W. B.) Die Truppen, die nach ihrem Friedensstandort zurückkehren oder einen andern Standort beziehen, haben sich ihre Postfachen nicht mehr unter ihrer Feldpostadresse (Feldpostnummer), sondern nach

ihrem Standorte zusenden zu lassen, also unter Angabe des Empfängers, des Truppenteils und des Standortes. Außerdem haben sich diese Truppen sogleich beim Postamt ihres Standortes anzumelden. Bis dahin ist eine Postbeförderung an Heeresangehörige während des Rückmarsches unmöglich. Kriegsminister J. A. Wisberg, Unterstaatssekretär Göhr.

Die Lebensmittelversorgung.

Die Ernährung der Heimkehrenden.

Das Reichsernährungsamt teilt mit: Die Ernährung der aus den besetzten Gebieten zurückkehrenden Militär- und Zivilpersonen ist durch die zuständigen Behörden für die Zugstrecken bis zum Bestimmungsort der Reisenden vollkommen geregelt. Der stellvertretende Militärinspekteur der Freiwilligen Krankenpflege hat seine Territorialdelegierten, das Zentralkomitee vom Roten Kreuz und die ihm nachgeordneten Vereinigungen angewiesen, die Tätigkeit an den zu Beginn des Krieges eingerichteten Erfrischungsstellen in Verbindung mit den Linienkommandanturen, den Korpsintendanturen und den kommunalen Behörden mit allen Mitteln wieder aufzunehmen und nach Bedarf weiter auszubauen. So wird sich — wie in den ersten Kriegsjahren — über ganz Deutschland ein Hilfsnetz erstrecken, durch das die Verabreichung von warmer Kost und erwärmenden Getränken gewährleistet ist.

Der ehemalige Kronprinz.

München, 22. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Wie die Blätter melden, hat sich der ehemalige Kronprinz gestern vormittag von Schloß Swalmen nach Ostermünz auf der Insel Wieringen (Zuidersee) begeben, um dort Aufenthalt zu nehmen.

Luxemburg.

Die luxemburgische Kolonie in Paris hat sich laut Temps in einer Sitzung sehr scharf gegen die Großherzogin ausgesprochen. Sie habe die Neutralität nicht gewahrt, sich vielmehr nach den Wünschen der deutschen Regierung gerichtet und habe sich somit vom gesetzlichen Standpunkt aus selbst abgesetzt. Es wurde in der Sitzung einstimmig die Abdankung der Großherzogin verlangt.

Ein amerikanisches Friedensangebot.

München, 22. Nov. Professor Dr. Jaffé, Finanzminister des Volksstaates Bayern, erläßt folgende Erklärung:

Durch die Zeitungen geht nachstehende Notiz: „In den Berliner Kasernen werden Gerüchte verbreitet, daß die deutsche Regierung im Herbst 1916 ein Friedensangebot Frankreichs abgelehnt habe. Demgegenüber kann nur wiederholt werden, was schon früher mehrmals amtlich erklärt wurde, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkrieg jemals ein Friedensangebot gemacht hat.“

Um keine Verdunkelung der Tatsachen aufkommen zu lassen, erkläre ich hierdurch, daß ich persönlich im Spätherbst 1917 ein mir durch den Genfer Vertrauensmann des Präsidenten Wilson übergebenes Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten in die Hände des Unterstaatssekretärs von dem Bussche übermitteln habe. Dieser übernahm mir gegenüber die Verpflichtung, das Friedensangebot dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Kühlmann, vorzulegen. Einige Wochen später wurde ein dem obigen entsprechendes Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten für Oesterreich-Ungarn im Großen Czernin übermitteln.

Von beiden Stellen ist trotz mehrfacher Anfragen der mit der Uebermittlung beauftragten Persönlichkeiten eine Antwort nicht erfolgt.

Ein Handschreiben des Papstes an Wilson.

„Daily News“ meldet aus Rom, daß der Papst den Kardinal Corretti nach den Vereinigten Staaten gesandt hat. Der Hauptzweck der Reise ist die Ueberreichung eines eigenhändigen Schreibens des Papstes an den Präsidenten Wilson. Es gilt in maßgebenden Kreisen als sicher, daß der Brief des Papstes mit den geglückten Versuchen Wilsons zur Beschleunigung des Friedens in Zusammenhang steht.

Wilson's Europareise.

Wilson wird am 26. oder 27. November in London ein- treffen und nach fünf- oder sechstägigem Aufenthalt in Eng-

land nach Paris abreisen. Man nimmt an, daß die Präliminarverhandlungen mit dem Eintreffen des Präsidenten Wilson in der französischen Hauptstadt beginnen würden.

Die Reise bezweckt nach Informationen des „Berl. Tagebl.“ die Regelung von drei Hauptpunkten. Es sind dies die Völkervereinigung, die Regelung der Freiheit der Meere und die Behandlung von Deutschland. Diese drei Fragen stehen in engem Zusammenhang mit einer anderen Frage, nämlich, ob die Vereinigten Staaten und England künftig Freunde bleiben oder als Konkurrenten auftreten werden. Wilson wünscht Freundschaft, aber die Möglichkeit, daß ein starker Konkurrenzkampf zwischen beiden Staaten entsteht, ist nicht ganz von der Hand zu weisen.

Bürgerkrieg in der Ukraine.

Der Hetman hat seine Stellung geändert, ein rechtsstehendes, großrussisch-orientiertes Kabinett berufen und sich — wahrscheinlich in Verbindung mit der Entente — für die Wiedervereinigung eines Groß-Rußlands ausgesprochen. Der Nationalbund, der alle linksstehenden Parteien umfaßt und am Programm der ukrainischen Unabhängigkeit festhält, hat das nicht ruhig hingelassen. Es haben sich nationale Truppen zusammengeschlossen und eine Gegenregierung gebildet. Sie marschieren auf Kiew zu. Von verschiedenen Stellen der Ukraine werden Kämpfe gemeldet.

Kleine Meldungen.

Die Einberufung des Reichstags vorbehalten. Reichstagspräsident Fehrenbach hat an die Reichsleitung eine Erklärung gerichtet, in der es heißt: „Zwingende Rücksichten auf die gegenwärtige Lage veranlassen mich zur Zeit, von der Einberufung des Reichstags abzusehen. Ich behalte mir jedoch diese ausdrücklich vor. Es können Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen als auch einer künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstags als erwünscht, vielleicht sogar als notwendig erscheinen lassen.“

Einen großzügigen Amnestieerlass wird die Reichsregierung in voller Übereinstimmung mit den Ressortvertretern der preussischen und der Reichsjustiz für Verbrechen und Vergehen von Zivilpersonen und Soldaten ergehen lassen. Es soll sich nicht nur um einen Straferlass kleinerer Verbrechen handeln, sondern es soll auch im Sinne moderner sozialistischer Gerechtigkeit und Erziehungsauffassung denjenigen, die sich schwer gegen ihre Mitmenschen vergangen hatten, die Möglichkeit gegeben werden, von weiterer Strafe frei zu bleiben, wenn sie fortan das soziale Zusammenleben nicht durch neue Verbrechen gefährden. Damit wird selbst den schweren Verbrechen, die in den Revolutionstagen frei gelassen wurden, die Möglichkeit weiterer Freiheit gelassen. Sie sollen erst dann wieder zur Strafe herangezogen werden, wenn sie sich in einem bestimmten Zeitraum erneut gegen die notwendigen Sicherungen sozialer Gemeinschaft vergehen.

Revolutionsgefahr in Spanien. In Madrid befürchtet man eine revolutionäre Bewegung. Der König hat erklärt, daß er sich keiner Reform, die das spanische Volk fordert, entgegenstellen werde.

In Görlitz wurde unter den griechischen Truppen ein Soldatenrat gebildet.

Marshall Petain. Der französische Ministerrat hat beschlossen, General Petain die Würde eines Marshalls von Frankreich zu verleihen.

Starker Schneefall in Westpreußen.

Danzig, 21. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Ueber Westpreußen geht seit letzter Nacht starker Schneefall nieder. Dadurch wird die Einerntung von Millionen Zentnern Kartoffeln und Rüben, die durch die herrschende Grippe und die abrückenden russischen Kriegsgefangenen verzögert wurde, zur Unmöglichkeit. Die Felder sind zentimeterhoch mit Schnee bedeckt.

Lokalnachrichten.

In vergangener Nacht hatten wir 5 Grad Reaumur Kälte. Aller Wahrscheinlichkeit dürfte ein Witterungsumschlag erst Ende nächster Woche einsehen.

Im Antoniterhof in Höchst findet morgen nachmittags 4 Uhr eine Versammlung der Zentrumspartei des Wahlkreises Höchst-Homburg-Ufingen statt. Hierzu sind die Parteigliedern, Gefinnungsgenossen, insbesondere auch die Frauen dringend eingeladen.

Von nah und fern.

Wie in einer Versammlung zu Schwannheim mitgeteilt wurde, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in den Höchst Farbwerten bedeutende Mengen Lebensmittel mit Beschlag belegt, u. a. in den Wapertischen Kühlhallen zu Frankfurt 56 000 Kilo Schweinefleisch, in den Werken selbst 98 000 Dosen Konserven.

Frankfurt, 22. Nov. Ein großer Einbruchdiebstahl ist in der Nacht vom Vufstag auf Donnerstag in das bekannte Modewarenhaus von Gebr. Robinsohn an der Zeil verübt worden. Die zweifellos ords- und warenkundigen Einbrecher erbeuteten Seidenstoffe und Modewaren im Werte von mehr als 100 000 Mark.

Hochheim, 20. Nov. Am 5. November starb der älteste Sohn des Direktors der Weinstamma Schenk, Oberarzt d. R. Karl Saarboung, an der Grippe. Zu seinem Begräbnis kam sein jüngerer Bruder aus dem Felde. Auch er, der letzte Sohn der Familie, wurde hier alsbald von der Grippe befallen und starb ebenfalls. Er wurde am 16. November zu Grabe getragen.

Wiesbaden, 22. Nov. Auf Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats wurde Reichstagsabgeordneter Dr. Quarz-Frankfurt in die Regierung für den Regierungsbezirk nach Wiesbaden entsandt.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 22. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Bei den Waffenstillstandsverhandlungen wurde von dem gegnerischen Verhandlungsleiter auf deutsche Anfrage klar ausgedrückt, daß sich das Requisitionsrecht der Besatzungstruppen im besetzten deutschen Gebiete lediglich auf Gegenstände bezieht, die für den Unterhalt der Besatzungstruppen erforderlich sind und daß solche Requisitionen durch Vermittlung der deutschen Lokalbehörden erfolgen sollen.

Berlin, 22. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Die Heeresgruppe Gallwitz drahtet: Das Entlassen in die Heimat ganzer geschlossener rückwärtiger Verbände (Bäd.-Kol., Pioneer, Fernspr. Form.) sowie einzelner auf eigene Faust zurückkehrender Mannschaften durch die Arbeiter- und Soldatenräte dauert fort. Da die Führung und Ernährung des ordnungsmäßig zurückkommenden Feldheeres sowie die Herstellung von Uebergängen über den Rhein dadurch aufs höchste gefährdet ist, sind energische Maßnahmen der Reichsleitung erforderlich, um ihren klaren Weisungen Geltung zu verschaffen. Besonders ungünstig sind die Verhältnisse in Mainz und Frankfurt. Es wird gebeten, das Erforderliche zu veranlassen.

Frankfurt a. M., 22. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Der Frankfurter Soldatenrat hat in einer vollzählig besuchten Vollversammlung nach eingehender Diskussion folgende Entschliehung einstimmig angenommen: Der Soldatenrat Frankfurt a. M. protestiert entschieden gegen den Versuch, die Regierung (Natz der Volksbeauftragten) zu einem Organ des Bollzugsausschusses des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats zu machen. Die Regierung kann keineswegs der Diktatur des Rates einer einzelnen Stadt unterstehen. Sie muß Organ des gesamten Volkes sein und das Vertrauen der Volksmehrheit haben. Die Regierung hat vor allem einen baldigen Frieden herbeizuführen und alles zu tun, um durch eine Nationalversammlung dem Willen des gesamten Volkes Ausdruck zu geben.

Bern, 22. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Die französische Presse bringt den Neuener Funkspruch vom 19. Nov. der Volksbeauftragten an den Strahburger Soldatenrat, wonach die Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Truppen der Entente nicht die Lösung der elsäß-lothringischen Frage im Sinne des Selbstbestimmungsrechts darstellt und knüpft daran die Bemerkung, daß sich Deutschland mit dem Verlust der beiden Provinzen abfinden müsse. Es sei nicht daran zu rütteln, daß die ehemaligen Reichslande ein integrierender Bestandteil Frankreichs geworden seien. Man werde auf eine Volksabstimmung nicht eingehen.

Budapest, 21. Nov. (W. B.) Josef von Habsburg-Lothringen erschien heute Vormittag im Ackerbauministerium, wo er vom Ackerbauminister Buza und Staatssekretär Laine empfangen wurde. Josef von Habsburg bot seine gesamten Ackerfelder zur Verteilung unter das Volk an. Der Ackerbauminister nahm dieses Angebot dankend zur Kenntnis.

London, 22. Nov. (W. B.) Reuter. Die deutschen Kriegsschiffe, die gestern übergeben wurden, bestanden aus neun Schlachtschiffen, fünf Schlachtkreuzern, sieben leichten Kreuzern und 50 Zerstörern. An der vereinbarten Zahl fehlte somit ein Schlachtschiff, ein Schlachtkreuzer und ein leichter Kreuzer. Es wurde indessen erklärt, daß diese Schiffe später übergeben würden. Ein leichter Kreuzer stieß bei der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine und sank. Die große Flotte geleitete die deutschen Schiffe bis zur Mündung des Forth, wo sie nachts über bleiben wird, um dann nach Scapa weiter zu fahren.

Katholischer Gottesdienst.

27. Sonntag nach Pfingsten.

Vormittags 7 1/2 Uhr Frühmesse. 9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.

Nachmittags 6 Uhr Segensandacht.

Bereitschaften:

Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr Gesangstunde des Marienvereins.

Nachmittags 4 Uhr Versammlung des Marienvereins.

Abends 8 1/2 Uhr Versammlung des Jünglingsvereins.

Kirchliche Nachrichten aus der evangel. Gemeinde Königstein.

26. Sonntag nach Trinitatis. (24. November 1918.)

Totenfeier.

Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst. 11 1/2 Uhr Jugendgottesdienst.

Evangelischer Gottesdienst in Reikheim.

Sonntag, den 24. November:

nachmittags 2 Uhr Gottesdienst und hl. Abendmahl.

(Derr Barrer Raven-Neuenbain.)

Bekanntmachungen

des Soldaten-Rats zu Königstein im Taunus.

Zur Errichtung eines ständigen Wachkommandos gegen Bezahlung werden Freiwillige gesucht. Benötigt werden 4 Unteroffiziere und 24 Mann. Meldung auf dem Geschäftszimmer des Soldatenrates nachm. 3 Uhr.

Die Arbeitgeber Königsteins werden ersucht, dem Soldatenrate zu melden, ob sie Arbeiter einstellen können.

Arbeiter zum Holzfällen, Gartenarbeiten usw. gesucht. Königstein, den 22. November 1918.

J. W. des Soldatenrates:

gez. Billmer, 1. Vorsitzender.

Bekanntmachung für Falkenstein.

Laut Verfügung des Landrats-Amtes Bad Homburg wird bei Reichsleistungen folgendes Gewicht pro Woche an Reichsmenge der Berechnung zu Grunde gelegt:

nach 1-monatlicher Daltung 200 gr

„ 2 „ „ 275 „

„ 3 „ „ 350 „

so daß das Gewicht von 400 gr pro Woche erst nach 3 monatlicher Daltung voll zur Anrechnung kommt.

Falkenstein i. T., den 22. November 1918.

Der Bürgermeister: Hasselbach.

Achtung! KRAFTFUTTER Achtung!

Saftig's KNOCHENKRAFT

Erprobt! Bewährt!

Bei der jetzt herrschenden Knappheit von Kraftfutter um die Tiere zur höchsten Leistungsfähigkeit wieder zu bringen, als Beifutter unentbehrlich. Die gefährlichsten Krankheiten, wie Knochenweiche, Knochenbrüchigkeit, Fohlenläme usw., Fressunlust und sonstige Beschwerden hören schon nach kurzer Beifütterung mit KNOCHENKRAFT auf.

Von Tierärzten allgemein empfohlen. Ein Versuch führt zu dauernder Abnahme. KNOCHENKRAFT wird in verschiedenen Marken hergestellt:

- Nr. 1 für Schweine,
- „ 2 „ Rindvieh, Schafe u. Ziegen,
- „ 3 „ Geflügel und Kaninchen,
- „ 4 „ Pferde,
- „ 5 „ Hunde.

Bei Bestellungen ist genau die Tiergattung anzugeben.

Zu beziehen in jedem gewünschten Quantum.

Preis per Dose 2.50 M., Probe-Dosen franko Nachnahme 3.50 M.

Zu beziehen durch:

J. A. Peter Nachf., Schwannheim a. M., Querstraße 20,
L. Lanz, Eppstein im Taunus, Hauptstraße 35.
Generalvertrieb: Wiesler & Lauterbach, Frankfurt a. M.,
Fernruf Hansa 4715 Kronprinzenstraße 41.

Die Sparkasse

Vorschussvereins zu Höchst a. M.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in unbeschränkter Höhe und verzinst dieselben vom Tage der Einzahlung an bis zum Tage der Rückzahlung mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein Darlehen gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu 3 1/2 % bei halbjähriger Kündigung und zu 4 % bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung. Der Vorstand.

Lüchtiges Weinmädchen

für kleinen Bissen-Dauhalt gesucht. Frau Dr. Blau, Falkenstein, Reichenbachweg.

Suche f. sof. od. 4. Dezbr. in Krövilla im Taunus (2 Berlonen, 1 Kind) Kolbig., laub., evang.

Hausmädchen,

welches etw. nähen kann und kinderlieb ist. Wirtschaftlerin, welche Dauerarbeit mit übern. vorhand. Ang. m. Zeugnisabschr. u. Gehaltsantr. unter L. S. 21 an die Geschäftsst.

Ordent- liches Mädchen

oder Aushilfe, auch stundenweise, gesucht.

Frau Dr. Vogdt, Limburgerstr. Nr. 15.

Bravcs, besseres Mädchen als Weinmädchen

in kleinen Dauhalt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschr. und Lohnangabe an Frau Nieten, Villenkolonie Unterliederbach bei Höchst am Main, — Gneisenaustraße 6.

Diens tmädchen,

das alle landwirtschaftl. Arbeiten versteht, bei hoher Löhnung gesucht bei Joh. Mitter, Hattersheim, — Rothhofstraße 21.

Junger, strebsamer Kaufmann

sucht z. 1. Dezbr. oder später Stellung in Büro. Angeb. u. C. O. 25 a. b. Geschäftsst.

Grübler, kräftiger Hausbursche,

der etwas Feld- und Gartenarbeit versteht, sof. gesucht. Taunusblick, Reikheim.

Mehrere Erdarbeiter

sofort gesucht.

Franz Gasselin, Landschaftsgärtner, Schneidhainerweg, Königstein.

Die bisher von Herrn Dr. med. Geisler

Villa

bevorzugt nebst Garten, Altkönigsstr. 6 in Königstein, enthaltend 8 Zimmer, angebauten Manfardensst., 2 Balkone, 2 Küchen, Bad und elektr. Licht ist zum 1. April 1919 zu verkaufen, u. Umständen auch zu vermieten. Weill. Anfragen vermittelt d. Geschäftsst. d. Sta. u. N. 47.

Mittwoch morgen 10 Uhr brauner Dackel

(„Männe“) abhanden gekommen. Abzug den gegen gute Belohn. Pension Augusta, Königst.

Zugelaufen: Ein Dackel (Männchen)

gelb, ohne Abzeichen

Peter Ufinger, Oberams.

Gute Milchkuh,

im August gefalbt, wegen Mangel an Winterfutter zu verkaufen

Hotel Bender, Königst.

Zwei gute Fahrkühe zu verkaufen

Fischbach, Winkelgasse 4.

Ein schweres Zugpferd

und eine schwere, trüchtige ist preiswert abzugeben

Hauptstr. 75, Eppstein i. T.

Schöne Einlegschweine u. Läufer

sind von Montag ab zu haben bei E. Gelbert, Niederhofheim, Fernr. Soden 47.

Briefpapiere u. Briefumschläge

für geschäftlichen u. privaten Gebrauch in Schwarz- oder Buntdruck zu haben in der

Ph. Kleinböhl, Fernruf 44 — Königstein.